



Detailansicht des Registereintrags

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V.

Aktuell seit 23.07.2026 14:15:28

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R005093
Ersteintrag:	24.08.2022
Letzte Änderung:	23.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	25.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V. Kronenstr. 55-58 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930203140 E-Mail-Adressen: bau@zdb.de Webseiten: www.zdb.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges, Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1.860.001 bis 1.870.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

7,75

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dipl.-Ing. Wolfgang Schubert-Raab**
Funktion: Präsident
2. **Dipl.-Ing. Christian Staub**
Funktion: Vizepräsident Technik
3. **Rüdiger Otto**
Funktion: Vizepräsident Wirtschaft und Recht
4. **Dipl.-Ing. Uwe Nostitz**
Funktion: Vizepräsident Sozialpolitik

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (34):

1. **Felix Pakleppa**
2. **Heribert Jöris**
3. **Iris Rabe**
4. **Dr. Philipp Mesenburg**
5. **Dipl.-Ing. Rainer Kabelitz-Ciré**
6. **Teresa Hemmerich**
7. **Kathrin Brösicke**
8. **Dipl.-Ing. Rudolf Domscheid**
9. **Dipl.-Ing. Sebastian Geruschka**
10. **Dipl.-Ing. (FH) Roland Glauner**
11. **Silke Haußmann**
12. **Luisa Luft LL.M.**
13. **Dipl.-Kffr. Regine Maruska**
14. **Dipl.-Ing. (FH) Katrin Mees**
15. **Christian Schostag**
16. **Florian Snigula**
17. **Tom Hill**
18. **Dipl.-Ing. (FH) Architekt Detlef Desler**

19. **Funda Altin-Dogan**
20. **Larissa Omonsky**
21. **Michel Durieux**
22. **Dipl.-Ing. Melanie Zarbock**
23. **Stephanie Trenkler**
24. **Christiane Karn**
25. **Dr. Henning von Daake**
26. **Dipl.-Ing. Architekt Leyla Afsar**
27. **Yves Meichsner**
28. **Nicolas Fischer**
Tätigkeit bis 03/25:
Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Vizepräsidentin Yvonne Magwas MdB
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
29. **Duszynski Frank**
30. **Anita Kietzmann**
31. **Dipl.-Ing. Wolfgang Schubert-Raab**
32. **Dipl.-Ing. Christian Staub**
33. **Rüdiger Otto**
34. **Dipl.-Ing. Uwe Nostitz**

Gesamtzahl der Mitglieder:

31 Mitglieder am 12.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (23):

1. Unternehmerverband Deutsches Handwerk
2. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
3. Bundesvereinigung Bauwirtschaft
4. Deutsches Institut für Normung
5. Institut der Deutschen Wirtschaft
6. Initiative Praxisregeln Bau
7. Deutscher Beton- und Bautechnikverein
8. Pro Mobilität
9. Wirtschaftsrat CDU
10. Wirtschaftsforum SPD
11. Deutscher Ausschuss für Stahlbeton
12. Deutsche Gesellschaft für Mauerwerksbau
13. Forschungsgesellschaft Straßenwesen

14. Deutsche Gesellschaft für Baurecht
15. forum vergabe
16. Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen
17. Bundesarbeitskreis Altbauerneuerung
18. Institut für Bauschadensforschung
19. Akkreditierungsverbund Studiengänge Bauwesen
20. Förderverein Baukultur
21. Kreislaufwirtschaftsträger Bau
22. Deutscher Bausachverständigentag
23. Deutscher Baugerichtstag

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (32):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Integration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Zivilrecht; Rente / Alterssicherung; Unfallversicherung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Handwerk; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Stimme der Bauwirtschaft

Als Spitzenverband der deutschen Bauwirtschaft sind wir die Vertretung für rund 35.000 Bauunternehmen in ganz Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Betriebe gegenüber Politik und Öffentlichkeit Gehör finden. Vor Ort in Berlin sind wir mitten im politischen Geschehen und im ständigen engen Kontakt mit den Ansprechpartnern in Bundesregierung und Bundestag. Bundesweit verankert bündeln wir die Interessen der gesamten Branche und rücken sie in das öffentliche Bewusstsein.

Als Wirtschaftsverband kommunizieren wir die Interessen und Positionen unserer Mitgliedsbetriebe

und machen uns dafür stark, dass die Themen der Bauwirtschaft in den politischen Entscheidungsprozess einbezogen werden. Unser wirtschaftspolitisches Engagement konzentriert sich auf faire Spielregeln für mittelständische Bauunternehmen. Wir setzen uns für mehr Investitionen in Bauprojekte ein, im Wohnungs- und Wirtschaftsbau wie im Öffentlichen Bau. Wir werben für mittelstandsgerechte Vergabeverfahren. Wir fordern langfristige Rahmenbedingungen, die unseren Betrieben Planungssicherheit geben. Außerdem wenden wir uns gegen Öffentlich Private

Partnerschaftsprojekte im Autobahnbau, die den heimischen Baumittelstand vom Wettbewerb ausschließen. Ein Faktor, welcher sich in der Praxis als Modernisierungs-, Investitions- und Innovationshemmnis darstellt, ist der hohe bürokratische Aufwand im Bauverfahren. Damit schnell und kosteneffizient gebaut werden kann, ist es unerlässlich, komplexe Planungs- und Genehmigungsverfahren zu modernisieren. Nur so kann Deutschland den Investitionsstau der vergangenen Jahre aufholen.

Fest auf dem Fundament der sozialen Marktwirtschaft verwurzelt, stehen wir als Sozialpartner auch in der Tarif und Sozialpolitik für die Interessen der mittelständischen Bauunternehmen ein. Zusammen mit unseren Sozialpartnern entwickeln wir branchenspezifische Lösungen und faire Wettbewerbsbedingungen für die Bauunternehmen. Mit unserem tarifvertraglichen Regelwerk bringen wir wettbewerbsfähige Lösungen und hohe Sozialstandards in der Bauwirtschaft in Einklang - und das bereits seit 1899. Fairer Wettbewerb heißt, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung auf deutschen Baustellen umfassend zu bekämpfen. Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit verharren weiter auf hohem Niveau. Hier müssen die Kontrollen verschärft und die Kapazitäten in den Behörden ausgeweitet werden, um gesetzwidrigem Verhalten ein Ende zu setzen. Wir sind uns der Verantwortung gegenüber den vielen Beschäftigten der Baubranche bewusst. Daher engagieren wir uns in den Gremien der Berufsgenossenschaft Bau (BG Bau). Hier setzen wir uns für praxisgerechte Arbeitsschutzstandards und Maßnahmen zur Verringerung von Arbeitsunfällen ein. Als Träger der Sozialkasse Bau (SOKA Bau) werben wir ebenfalls für den Schutz vor Wettbewerbsverzerrung und Niedriglohnkonkurrenz.

Als Technischer Verband sind wir Dienstleister für unsere Mitgliedsbetriebe. Wir informieren die Unternehmen über aktuelle Entwicklungen und die Zukunftstechnik von Morgen. Unsere Mitgliedsbetriebe erhalten regelmäßige individualisierte Informationen zu technischen Neuerungen, geänderten Standards oder aktuellen Sicherheitshinweisen. Nur so können die Firmen auf der Baustelle auch nach dem neusten Stand der Technik bauen. Gleichzeitig gehört es zu unseren Aufgaben, die Interessen unserer mittelständischen Unternehmen bei der Festlegung bautechnischer Standards zu vertreten. Wir wirken national und international in verschiedensten Normungsgremien mit. So setzen wir uns dafür ein, dass die herausragende Qualität am Bau in Deutschland nachhaltig gesichert wird und technische Vorgaben auch praxisfest sowie wirtschaftlich rentabel ausgestaltet werden. In unserem Verständnis als Dienstleister für den Baumittelstand beraten wir die Baubetriebe über den technischen Aspekt hinaus auch bei betriebswirtschaftlichen Anliegen und Fragen zur Unternehmensentwicklung.

Konkrete Regelungsvorhaben (13)

1. Hochbaustatistikgesetz: Änderung zu Berichtspflichten

Beschreibung:

Verfügarmachung von Konjunkturstatistiken über Baubeginne, Meldungen zu Baufertigstellungen in dichteren Intervallen sowie Auswertungen zum Sozialen Wohnungsbau. Schließen relevanter Datenlücken.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11315 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Hochbaustatistikgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

HBauStatG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260279 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.05.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

2. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland: Ergänzung des Gesetzentwurfs um materiellrechtliche Änderungen des AGB-Rechts

Beschreibung:

Keine Einführung von Einschränkungen der AGB-Inhaltskontrolle bei verwendeten Vertragsklauseln im unternehmerischen Geschäftsverkehr

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11466 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/8649 - Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit - (Justizstandort-Stärkungsgesetz)

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260287 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Arbeitszeitgesetz: Aufzeichnungspflicht des Arbeitgebers

Beschreibung:

Im Arbeitszeitgesetz sowie im Jugendarbeitsschutzgesetz werden in Folge der Entscheidungen des EuGH und des BAG Vorgaben zur Arbeitszeiterfassung geregelt. Der Arbeitgeber soll verpflichtet werden, Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der beschäftigten Jugendlichen jeweils am Tag der Arbeitsleistung elektronisch aufzuzeichnen. Umsetzung einer praktikablen Lösung für die besonderen Anforderungen in der Bauwirtschaft.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes und anderer Vorschriften

Datum des Referentenentwurfs: 18.04.2023

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]

4. Referentenentwurf BMWE zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge: Die öffentliche Beschaffung soll einfacher, schneller, flexibler werden

Beschreibung:

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabebeschleunigungsgesetz): Ziel des Gesetzes ist es, dass die öffentliche Beschaffung unter Wahrung des fairen Wettbewerbs einfacher, schneller und flexibler wird. Auftraggeber und Auftragnehmer sollen so entlastet werden und Unternehmen sich wieder stärker um öffentliche Aufträge bewerben.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabebeschleunigungsgesetz) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]; HGrG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602120016 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Versendet am 28.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

5. Referentenentwurf des BMWE/BMVg zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr: Beschleunigte Deckung von Bedarfen der Bundeswehr

Beschreibung:

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und des Bundesverteidigungsministeriums zum Entwurf eines Gesetzes zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr (Bundeswehr-Planungs- und - Beschaffungsbeschleunigungsgesetz – BwPBBG): Ziel des Gesetzes sind weitere Beschleunigungen unter Beachtung des Geheimschutzes sowie des Schutzbedürfnisses der militärischen Anlagen auch im Rahmen von Vergabeverfahren zur Deckung von Bedarfen der Bundeswehr sowie in Bezug auf verschiedene Genehmigungsverfahren. Zudem werden Regelungen eingeführt, die die innovative Beschaffung und Genehmigung stärken sollen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 377/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr

1. Zuständiges Ministerium: BMVg [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr (Vorgang)

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu];
Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508070008 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

6. Referentenentwurf des BMWSB eines Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts

Beschreibung:

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) eines Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts: Ziel des Gesetzes ist die Beschleunigung und Vereinfachung des Bauplanungsrechts. Dies beinhaltet insbesondere die Stärkung der Wohnbebauung, die Straffung der Umweltprüfung, die Digitalisierung des Bauleitplanverfahrens, die Vermeidung wiederholter Beteiligungen, die Einführung von Verfahrensfristen sowie die materielle Präklusion.

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605110004 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

7. Anpassung des Bauproduktengesetzes an die Verordnung (EU) 2024/3110 (BauPG-Anpassung)

Beschreibung:

Das Vorhaben dient der Anpassung des nationalen Bauproduktengesetzes (BauPG) an die neue EU-Bauproduktenverordnung (EU) 2024/3110 zur Gewährleistung von Rechtssicherheit. Es regelt die Länderzuständigkeiten im Marktüberwachungsrecht sowie die Funktion des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt).

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1904 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Bauproduktengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften an die Verordnung (EU) 2024/3110 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für die Vermarktung von Bauprodukten
Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BauPG 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605290006 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

8. Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie

Beschreibung:

Der Entwurf dient der Umsetzung der europäischen Energieeffizienzrichtlinie in nationales Recht. Vorgesehen sind Regelungen zu Energieeinsparpflichten, Energieaudits sowie zur Einführung von Energie- und Umweltmanagementsystemen. Zudem werden Schwellenwerte für betroffene Unternehmen festgelegt und Berichtspflichten angepasst. Ziel ist die Steigerung der Energieeffizienz in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen sowie die Reduzierung von Energieverbrauch.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 04.05.2026

Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnEfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606080043 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

9. Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG)**Beschreibung:**

Das Gebäudemodernisierungsgesetz umfasst Änderungen am Gebäudeenergiegesetz sowie angrenzenden Vorschriften im Wärme- und Gebäudebereich. Ziel ist eine stärkere Ausrichtung auf Energieeffizienz, Klimaschutz und die Modernisierung des Gebäudebestands. Vorgesehen sind Regelungen zur energetischen Sanierung, Wärmeversorgung und Förderung energieeffizienter Gebäude sowie zur Umsetzung europäischer Vorgaben.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6278 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Wärmebereich

1. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]; GEIG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606080040 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.05.2026 an:

Bundesregierung

10. Klimaschutzprogramm der Bundesregierung 2026

Beschreibung:

Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung enthält Maßnahmen zur Erreichung der nationalen Klimaziele, insbesondere zur Reduktion von Treibhausgasemissionen bis 2030. Es umfasst Förderprogramme, regulatorische Maßnahmen und Investitionsanreize, insbesondere im Gebäudesektor, mit Fokus auf Energieeffizienz, klimafreundlichen Neubau und die Sanierung des Gebäudebestands sowie Maßnahmen zur Klimaanpassung.

Das Klimaschutzprogramm 2026 wurde nach Abschluss der Öffentlichkeitsbeteiligung und der regierungsinternen Abstimmung im März 2026 vom Bundeskabinett beschlossen. Anschließend wurde es Ende März 2026 dem Deutschen Bundestag als Unterrichtung der Bundesregierung zugeleitet (Bundestagsdrucksache 21/4950).

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4950 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Klimaschutzprogramm 2026 der Bundesregierung

Zuständiges Ministerium: [BMUKN](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[KSG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Wohnen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2606080042](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

11. Novellierung der Gewerbeabfallverordnung

Beschreibung:

Der Entwurf sieht Änderungen der Gewerbeabfallverordnung zur Verbesserung der Abfalltrennung, Dokumentation und Verwertung vor. Vorgesehen sind erweiterte Anforderungen an die Sammlung, Sortierung und Vorbehandlung von Bau- und Abbruchabfällen sowie zusätzliche Dokumentations- und Kontrollpflichten. Ziel ist die Stärkung der Kreislaufwirtschaft und die Erhöhung der Recyclingquoten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13950 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Stärkung der Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und bestimmten Bau- und Abbruchabfällen

Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GewAbfV 2017 [alle RV hierzu]; KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]

12. NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz - NIS2UmsuCG**Beschreibung:**

Mit dem „Gesetz zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung“ wird die NIS-2-Richtlinie (EU) 2022/2555 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der EU in nationales Recht umgesetzt.

Es ist ein umfangreiches Mantelgesetz, das zahlreiche bestehende Gesetze ändert. Kernstück ist die weitgehende Neufassung des BSI-Gesetzes (BSIG), das in Artikel 1 integriert ist. In das überarbeitete BSIG sind die wesentlichen Bestimmungen der NIS-2-Richtlinie aufgenommen worden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13184 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2025 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606100003 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

13. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung

Beschreibung:

Das Gesetz soll dazu beitragen, den Flächenbedarf für naturschutzfachliche Aufwertung zu decken und die ökologische Vernetzung zu stärken sowie die Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen im Bereich der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung, insbesondere für wichtige bauliche Infrastrukturvorhaben, zu erleichtern und zu beschleunigen.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 06.07.2026

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607230024 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
Projektfördermittel
Gewerbespezifische Informationstransferstelle

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

6.260.001 bis 6.270.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Landesverband Bayerischer Bauinnungen
2. Baugewerbe-Verband Niedersachsen

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

ZDB-eV-Bericht-JAP-31-12-2024-elektronische-Kopie.pdf